

Josef Gruber **Bulgarien**
nach der Einladung
der EU zu
Beitrittsverhandlungen

■ **Die Einladung der EU**

Bulgarien erhielt am 11. Dezember 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki (zusammen mit fünf weiteren Staaten) eine offizielle Einladung zu Beitrittsverhandlungen mit der EU, die formal am 30. März 2000 begannen. Es wurden dem Land keine zusätzlichen Vorbedingungen gestellt, wenn man von der bereits im Vorfeld erzielten Vereinbarung über die Abschaltung der ersten vier Reaktorblöcke des Kernkraftwerks in Kosluduj absieht. Noch im Januar unterbreitete die EU-Kommission einen Vorschlag zur Streichung Bulgariens aus der berüchtigten Schengener Negativliste, die hohe Hürden bei Reisen bulgarischer Bürger in die EU aufbaut.

Die Nachricht von der Einladung unterbrach die Plenarsitzung des Parlaments und wurde mit stehenden Ovationen von allen Fraktionen gefeiert. Da sämtliche parlamentarisch vertretenen Parteien eine EU-Mitgliedschaft als Ziel in ihre Programme aufgenommen haben, war diese Reaktion nur folgerichtig. Auf einem anderen Blatt steht freilich, ob auch tatsächlich alle politischen Kräfte mit ihren Handlungen in den vergangenen zehn Jahren stets dazu beigetragen haben, die Beitrittsperspektiven des Landes zu verbessern.

Die oppositionelle Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) begrüßte die Einladung als gute Nachricht und erinnerte daran, dass es ihr Kabinett unter Jean Videnov war, welches 1995 ein offizielles Beitrittsge-such an die EU gerichtet hatte. Nicht außer Acht gelassen werden sollte jedoch, dass der (ökonomische) Preis für den Start der Beitrittsverhandlungen –

Auf dem EU-Gipfel am 11. Dezember 1999 erhielt Bulgarien – mindestens ein Jahr früher als ursprünglich erwartet – eine offizielle Einladung zu Beitrittsverhandlungen mit der Union, was als Ergebnis der nachdrücklichen Reformbemühungen der bulgarischen Regierung gewertet werden kann. Nicht unterschätzt werden sollte hierbei allerdings die Rolle der Krise im Kosovo, die die Entscheidung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den potentiellen Beitrittskandidaten, darunter Bulgarien, innerhalb der EU katalysiert haben dürfte. In scharfem Kontrast zu diesem großen außenpolitischen Erfolg ist das Vertrauen in die Regierungskoalition mindestens seit Dezember 1999 im Rückgang begriffen, um zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Tiefstand zu erreichen. Zur Erklärung dieser etwas paradoxen Situation können mehrere Umstände herangezogen werden. Die Regierung kam 1997 in einer Atmosphäre möglicherweise überzogener Erwartungen an die Macht, was die Enttäuschung über das Erreichte zum Teil erklärt. Dann dürfen vor allem die Härten der Reform und besonders die

zuletzt stark gestiegene Arbeitslosigkeit nicht vergessen werden, die offenbar gezielten Korruptionsbeschuldigungen gegen das Kabinett sowie schließlich zweifellos vorhandene subjektive Schwächen und Unzulänglichkeiten der Regierung. Infolgedessen steht einer alles in allem doch positiven objektiven Bilanz der Regierungstätigkeit eine subjektive Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber. Dieser Beitrag referiert und analysiert in chronologischer Form die wichtigsten Ereignisse im Lande seit Dezember 1999.

die Abschaltung der ersten vier Kernreaktoren – sehr hoch sei. In diesem Sinne wären die von der Regierung der Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK) gemachten Zugeständnisse zu groß gewesen. Sie äußerte Zweifel an der Fähigkeit des Kabinetts, die Verhandlungen zügig und kompetent führen zu können und legte nahe, die Opposition an den Verhandlungsdelegationen mitzubeteiligen.

Beiläufig vermerkt sind die meisten Euroskeptiker – oder besser Eurogegner – naturgemäß im Umfeld der postkommunistischen BSP angesiedelt. Umfragen weisen aus, dass rund sieben Prozent der Bevölkerung der EU ablehnend gegenüberstehen, darunter überproportional viele Sympathisanten der BSP. 77 Prozent hingegen sind Befürworter einer EU-Mitgliedschaft des Landes.

Die oppositionelle Bulgarische Eurolinke (BEL) bewertete den Tag als „herrlich“ für das Land, der Weg sei jetzt vorbestimmt. Sie stellte heraus, dass sie dem Kabinett in den vergangenen zwei Jahren als konstruktive Opposition zur Seite gestanden habe. Vieles sei allerdings in den vergangenen zehn Jahren versäumt worden, was es jetzt wettzumachen gelte. So sind allein an die 700 Gesetze an die EU-Vorschriften anzugleichen. Bulgarien werde dabei in Wettbewerb mit den anderen fünf Kandidaten treten müssen. Obwohl der Vorbereitungsstand des Landes in so mancher Hinsicht zu wünschen übrig lasse, sei der Beschluss der Union zu begrüßen und ein Ausdruck guten Willens.

Die oppositionelle türkische Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF) nahm die Meldung ebenfalls positiv auf. Während aber einige ihrer Repräsentanten auf die Erfolge des Landes insbesondere in den letzten zwei Jahren verwiesen, glauben andere, dass die innenpolitische Bilanz seit 1997 nicht überwältigend ist, und sehen im Verhalten Bulgariens während der Kosovo-Krise den Hauptgrund für die Einladung.

Die Regierungsmehrheit der Union Demokratischer Kräfte (UDK) und der Volksunion (VU) war von der Einladung fraglos am meisten angetan. Ihre Vertreter hoben – im Einklang mit der EU – vor allem zwei Gründe für die Einladung heraus. Zum einen den wirtschaftlichen und politischen Reformkurs insbesondere seit 1997. Hier sei man aber reali-

stisch genug, um sich Rechenschaft darüber abzulegen, dass trotz aller Fortschritte auf diesen Feldern Bulgarien noch hinter den mitteleuropäischen Staaten zurückbleibe. Daher seien die erfolgreichen Transformationen lediglich eine notwendige Voraussetzung gewesen. Die hinreichende Bedingung für die Einladung habe indes die Solidarität Bulgariens mit dem euroatlantischen Bündnis während der Kosovo-Krise geschaffen. In Anspielung auf die Ablehnung des NATO-Einsatzes in Jugoslawien durch die BSP und die Eurolinke behaupteten UDK-Politiker, die Einladung in Helsinki sei bis zu einem gewissen Grade trotz der Haltung der Opposition ausgesprochen worden.

In einer offiziellen Ansprache betonte Staatspräsident Peter Stojanov, dass die Einladung der EU den alten bulgarischen Komplex zerstört habe, ein Spielball der Großmächte zu sein. Von nun an hänge alles von der Arbeit, Intelligenz und Beharrlichkeit der bulgarischen Bevölkerung ab.

Ministerpräsident Iwan Kostov sagte voraus, dass Bulgarien etwa 2006 die Beitrittsfähigkeit erreichen könnte. Beobachter prophezeien unterschiedlich lange diesbezügliche Zeiträume – von eher unrealistischen fünf über realistischere acht bis zehn, auch zwölf Jahre. Böswillige Skeptiker sprechen sogar von 20 und mehr Jahren.

Die unabhängige Presse gab sich im Vorfeld des EU-Gipfels überraschend regierungskritisch und teilweise euroskeptisch. Der Großteil der bulgarischen Printmedien ist traditionell der Regierung ohnehin nicht sonderlich gewogen. Erst am Tag der offiziellen Einladung waren dann die Schlagzeilen in den großen Tageszeitungen durchweg anerkennend.

■ Die Kabinettsumbildung

Die seit längerem angekündigte Kabinettsumbildung wurde Ende Dezember 1999 vollzogen. Die Regierung der VDK war ursprünglich im Mai 1997 mit einer Drei-Viertel-Mehrheit von der Volksversammlung (Parlament) bestätigt worden, wobei nur die Bulgarische Sozialistische Partei mit „Nein“ votiert hatte. Rund 950 Tage später, am 21. Dezember 1999, legte Premier Kostov dem Parlament seine Vorschläge für strukturelle Umbildungen und personelle Umbesetzungen vor. Nach dreistündigen Debatten

wurde die neue Struktur der Exekutive vom Parlament mit 147 Ja- und 70 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen gebilligt. Dafür votierten die Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK) sowie die türkische Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), dagegen die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) sowie die Eurolinke.

Drastischer als allgemein erwartet fielen die Personalentscheidungen aus. Zehn Minister, d.h. zwei Drittel aller Ressorts, wurden neu besetzt, nur sechs Minister behielten ihre Ämter. Die personellen Umbesetzungen wurden (traditionell) nicht debattiert und von 149 Abgeordneten gebilligt, 59 stimmten dagegen, zehn enthielten sich der Stimme. Dafür votierten die VDK und die BRF, dagegen die BSP, die Eurolinke nahm nicht an der Abstimmung teil.

Premier Kostov begründete die Umbildung vor allem mit der Einladung der EU zu Beitrittsverhandlungen, die eine strukturelle Anpassung des Kabinetts an europäische Gepflogenheiten sowie an die Anforderungen der Beitrittsverhandlungen nötig mache. Die oppositionelle BSP bewertete das erste Kabinett Kostov als schwach und das neue als schwächste Regierung seit 1989. Der Premier wolle mit den Veränderungen bloß von innerparteilichen Problemen ablenken und habe zudem die korruptesten und unfähigsten Minister nicht ausgetauscht. Nötig sei kein Personalwechsel, sondern vielmehr ein Politikwechsel, doch bestünden dafür keinerlei Aussichten. Die BRF nahm die Vorschläge des Premiers positiv auf, es zeichne sich eine Dialogbereitschaft in der Regierungsmehrheit ab, offenbar habe Kostov Lehren aus dem wenig überzeugenden Abschneiden seiner Partei bei den jüngst abgehaltenen Kommunalwahlen gezogen. Sie wolle keinen Fraktionszwang auf ihre Abgeordneten ausüben und sie nach dem Gewissen abstimmen lassen. (Die meisten BRF-Abgeordneten votierten dann mit „Ja“). Die Eurolinke wollte ihr Abstimmungsverhalten von konkreteren Erläuterungen des Premiers über die Strukturwandlungen abhängig machen, die ihrer Meinung nach ausblieben.

Hauptursachen für die Kabinettsumbildung dürften in der Tat die Einladung der EU sowie das für viele Parteistrategen unerwartet schlechte Ergebnis der UDK bei den Kommunalwahlen sein (obwohl

sie formal, wenn auch knapp, gewonnen wurden). Andererseits hing die Neustrukturierung der Exekutive mit den daraus resultierenden Entlassungen von Ministern seit geraumer Zeit in der Luft, und die EU-Einladung sowie der kommunale Urnengang lieferten nur einen mehr oder weniger willkommenen Anlass dazu. Die Hintergründe der einzelnen Personalentscheidungen an dieser Stelle zu diskutieren, würde allerdings zu weit führen. Es ist eine Tatsache, dass sich insbesondere in den osteuropäischen Transformationsländern Minister in Zusammenhang mit den Härten der Reformen erfahrungsgemäß relativ schnell abnutzen. Insofern trug die Umbildung den Wünschen der Regierungsmehrheit, aber auch und vor allem breiter Bevölkerungskreise Rechnung. Letztlich hat Kostov aber in seinen Personalentscheidungen offenkundig ziemlich freie Hand gehabt. Die von manchen Beobachtern prophezeiten Spannungen und Auflösungserscheinungen in der UDK bzw. den VDK sind bislang ausgeblieben. Die Kabinetts-umbildung wurde von den Regierungsfractionen völlig geschlossen getragen.

Über die Korrektheit der strukturellen und personellen Veränderungen kann letztlich natürlich nur die Zeit befinden. Der Inhalt der vom Kabinett betriebenen Politik ist aber bisher auch angesichts der neuen Realitäten in seinem Wesensgehalt unangestastet geblieben („Regierungsprogramm Bulgarien 2001“). Innenpolitisch genießen der fortgesetzte Aufbau einer funktionierenden Demokratie und konsequente Wirtschaftsreformen höchste Priorität. In außenpolitischer Hinsicht bleibt die EU- und NATO-Integration oberstes Ziel.

■ **Die Nationalkonferenz der UDK**

Der Jahresbeginn 2000 war durch eine fieberhafte innerparteiliche Aktivität aller parlamentarisch vertretenen Kräfte in Bulgarien gekennzeichnet. Im Januar fand die Nationalkonferenz der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF) statt, im Februar der Kongress der zur Regierungsmehrheit gehörenden Demokratischen Partei (DP), für März war der Parteitag der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) angesetzt. In diese Serie fügte sich auch die Nationalkonferenz der stärksten Kraft innerhalb des Regie-

rungsbündnisses Vereinigte Demokratische Kräfte (VDK) – der Union Demokratischer Kräfte (UDK) – ein, zu der rund 4500 Delegierte am 26. und 27. Februar im Sofioter Kulturpalast zusammenkamen.

Seit den Kommunalwahlen vom Herbst 1999, bei denen das Abschneiden der UDK unter den Erwartungen blieb, waren in der Partei eine gewisse Unruhe und Nervosität spürbar. Mit dem höchsten Parteiforum verband man daher vor allem Hoffnungen auf Wege und Möglichkeiten, um verlorenes Wählervertrauen, besonders im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2001, wiederherzustellen.

Die Konferenz wurde mit einem Grußwort von Staatspräsident Petar Stojanov, selbst ein UDK-Exponent, eröffnet, der in seiner Rede auf die Erfolge der Regierung seit 1997 verwies und gleichzeitig die Frage nach der gesunkenen Popularität der UDK aufwarf. Die einfachste Antwort für den Ansehensverlust der Union sei seines Erachtens der große soziale Preis der Reformen. Aber das sei nur die halbe Antwort. Es gebe interne Probleme der UDK, die ebenfalls hierzu beitragen, und auch und gerade diese müssten auf der Konferenz diskutiert werden, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Grüße entboten auch die Koalitionspartner DP, die Bauernpartei-Volksunion, die WMRO, die Nationale Bewegung für Rechte und Freiheiten NBRF, die Bulgarische Sozialdemokratische Union BSDS, die Unabhängigen Gewerkschaften sowie die oppositionellen parlamentarischen Parteien mit Ausnahme der BSP (Eurolinke, BRF, Bulgarischer Businessblock – Demokratisches Zentrum BBB-DZ).

Danach stellte der UDK-Vorsitzende Iwan Kostov seinen insgesamt einen sehr (selbst)kritischen Geist atmenden Bericht „über das politische Verhalten, den Organisationszustand, die Kommunalwahlen und die Vorbereitung der Parlamentswahlen 2001“ vor, als dessen Autor interessanterweise ein Parteiausschuss und nicht Kostov selbst verantwortlich zeichnete. Kostov verwies zunächst auf die bislang erfolgreiche Umsetzung des Regierungsprogramms, trotz widriger äußerer Umstände wie des Krieges im Kosovo. Die Reformbemühungen müssten allerdings fortgeführt werden, das Regierungsprogramm sei nicht erfüllt. Die Frage nach den Ursachen des Vertrauensverlustes der UDK sei am einfachsten

damit zu beantworten, dass die Lebensbedingungen der Menschen zwar viel besser als 1997, aber dennoch insgesamt unbefriedigend seien. Es gebe aber weitere Gründe. Die UDK habe es nicht geschafft, der Bevölkerung ihre Programme und Absichten in leicht verständlicher Form zu erläutern und ihr klar zu machen, dass der Regierungskurs letztlich alternativlos ist. Die Ergebnisse der UDK bei den Kommunalwahlen seien zwar unter den Erwartungen geblieben, es sei aber in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstanden, die Union hätte sie verloren, was nicht zutrefte. Bei weitem nicht alle Unionspolitiker in leitenden Positionen hätten die erforderlichen Führungsqualitäten an den Tag gelegt. Des starken Zuspruchs der Delegierten erfreuten sich die eindringlichen Appelle Kostovs, die korrumpierten Politiker aus den Reihen der UDK zu entfernen und die Klientelwirtschaft zu unterbinden. In den Parteistrukturen gebe es noch viele Spannungen, die sehr schwer beizulegen seien. Hier seien neue Mechanismen zur Konfliktbewältigung nötig. Darüber hinaus sei es angebracht, administrative Funktionen und Parteiämter strikt zu trennen, um dem Vorwurf der Machtkonzentration zu entgehen. Im Hinblick auf die Wahlen 2001 gebe es keinen Widerspruch zwischen der Ideologie der UDK und der Realität, weil die UDK eine Volkspartei und keine Partei der Reichen ist. Überall in Europa hätten christlich-demokratische Parteien nach Kriegskatastrophen und Krisen ihre Länder gerettet. Es müssten neue Mechanismen für die Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen gefunden werden, weil sich das bisher angewandte Modell der Vorwahlen nach amerikanischem Vorbild unter bulgarischen Verhältnissen als nicht tragfähig erwiesen hat. Die Wahlen 2001 werden schicksalhaft sein, weil dann die Menschen entscheiden werden, ob Bulgarien schneller und mit weniger Fehlern auf Europa zugeht oder eine neue Epoche der „Zeitlosigkeit“ vom Typ der Berov-Regierung 1992-1994 oder der reaktionären Rückkehr zur Vergangenheit vom Typ des Widenov-Kabinetts 1994-1997 anbricht. Die Ironie der bulgarischen Politik sei, dass alle Parteien und Koalitionen bereits demonstriert haben, was sie können. Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Parteien rühre in Bulgarien die größte Gefahr von der nichtreformierten

BSP her. Sie stelle die europäische und euroatlantische Orientierung Bulgariens in Frage, habe aber gleichzeitig nichts gegen das Geld Europas. Bei allen wichtigen Entscheidungen 1999 habe sich diese Partei gegen den proeuropäischen Kurs der Regierung gestellt.

Mit besonderem Interesse wurde die Wahl des neuen Parteivorsitzenden und des zehnköpfigen Nationalen Exekutivrates (NER, Parteipräsidium) erwartet. Iwan Kostov wurde ohne Gegenkandidaten mit 4242 von 4304 Stimmen (98,6 Prozent) zum Chef der „blauen“ Partei wiedergewählt.

Das ungewöhnlich starke Interesse der Medien sowie der oppositionellen BSP am Forum der UDK war, wie sich jetzt zunehmend zeigt, nicht immer von ganz lauter Motiven veranlasst. Manche Journalisten sowie die sozialistische Partei scheinen insbesondere bei der Wahl des neuen NER fast inbrünstig auf Skandale und eine Spaltung in der Partei gewartet zu haben. Sie zeigten sich mit Art und Umfang der personalpolitischen Entscheidungen unzufrieden. Sozialistenchef Georgi Parwanov behauptete sogar, Kostov habe einen „Geheimbericht“, in dem die Namen von korrumpierten Führungspersonlichkeiten in der UDK ausdrücklich genannt werden, absichtlich nicht verlesen. Diese Sorge der Sozialisten um die „Reinheit“ der UDK ist alles andere als glaubhaft. In Wahrheit hatte man in der Tat auf erbitterte Kontroversen bei der Bestimmung des NER gehofft, die wenn schon nicht auf eine Spaltung, so doch zumindest auf eine Lähmung der UDK hinauslaufen würden. Auf der Konferenz haben sich jedoch nicht die geringsten Risse in der Partei angedeutet.

■ Der Parteitag der BSP

Die größte Oppositionskraft, die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)¹⁾ führte am 6. und 7. Mai im Nationalen Kulturpalast in Sofia ihren 44. Parteitag durch²⁾. Von diesem Forum wurde vor allem eine klarere Formulierung der Position der Sozialisten bezüglich einer Mitgliedschaft Bulgariens in der NATO erwartet.

Der Parteivorsitzende Georgi Parwanov gab in seinem Rechenschaftsbericht zunächst eine Analyse der Kommunalwahlen vom Herbst 1999, die der Partei eine gute Repräsentanz auf kommunaler Ebene

1) Die BSP hat nach eigenen Angaben 225 000 Mitglieder; das sind über zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Auch wenn bezweifelt werden darf, dass diese Zahl ganz zutrifft, steht außer Frage, dass die BSP weiterhin die weitaus mitgliedsstärkste Partei in Bulgarien ist. Eine vergleichbare Partei in Deutschland müsste ca. 2,2 Millionen Parteibuchinhaber aufweisen. Der Mitgliedsstand der regierenden Union Demokratischer Kräfte (UDK) liegt bei rund 80 000. Ihr Bestreben ist es aber nicht, eine Massenpartei zu werden, sondern ihre Mitgliederzahl bei annähernd einem Prozent der Bevölkerung zu halten.

2) Die BSP sieht sich als Nachfolgepartei der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) bzw. ihrer Vorgängerorganisationen – Bulgarische Arbeiterpartei (Kommunisten) usw. –, so dass die Zählung ihrer Parteitage weit in die Vergangenheit zurückreicht. Daher die hohe Zahl 44.

verschafft hätten. Beunruhigend sei allerdings der Rückgang bei den für die BSP abgegebenen Stimmen gegenüber den Parlamentswahlen 1997 in absoluten Zahlen. Die Kommunalwahlen hätten den Bestrebungen der regierenden UDK, nach der Legislative, Exekutive und Justiz auch die kommunalen Selbstverwaltungsorgane zu erobern, einen Riegel vorge-schoben. Seitdem sei die Krise in den Regierungsparteien unverkennbar. Die UDK sei bei der Umsetzung des Programms 2001 gescheitert, inzwischen hätten sich die parteiinternen Spannungen in der Union verstärkt. Die Wahrscheinlichkeit vorgezogener Par-lamentswahlen sei dennoch als eher gering einzu-schätzen. Die BSP sei zwar bereit für eine Regie-rungsbeteiligung nach dem Wahlen 2001, die große Frage ist aber, ob auch die Bevölkerung bereit ist, eine Regierungsbeteiligung der BSP zu akzeptieren. Denn insbesondere nach den zwei Amtsjahren von Jean Widenov (1995-1996) seien die Ressentiments gegen die Sozialistische Partei noch immer sehr stark. Bei Abstimmungen im Parlament sind die Sozialisten häufig die einzige Oppositionskraft. Die Mobilisie-rung des linken Wählerpotentials könne indes nur bei Zusammenarbeit aller Linkskräfte in Bulgarien erfolgen. Die Formel der künftigen Regierung ist eine breite sozialliberale Koalition mit der BSP und der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF) als Kern. Die BSP befinde sich keineswegs in einer ideel-len und programmatischen Krise, wie die erarbeiteten Papiere – die Programmdeklaration und die Stra-tegie – zeigten. Eine Mitgliedschaft Bulgariens in der NATO sei die beste Garantie für die nationale Sicherheit. Insofern habe sich die Position der Partei entwickelt. Man sei nach wie vor für ein Referendum über den Beitritt, befürworte jedoch prinzipiell eine Mitgliedschaft. Er skizzierte kurz die Eckpfeiler des neuen Wirtschaftsprogramms der BSP. Dazu gehö-ren: 1. Verzicht auf das bisherige Transformationsmodell der UDK und auf die restriktive Finanzpolitik. 2. Wirtschaftswachstum. 3. Stärkung des Vertrauens zum finanziellen und wirtschaftlichen System Bul-gariens. Die Partei sei für die Marktwirtschaft, aber gegen eine Marktgesellschaft und werde auf die Überprüfung von Privatisierungsgeschäften, bei denen ernstzunehmende Beweise für Gesetzesbrüche vor-liegen, drängen.

Die Debatten entzündeten sich erwartungsgemäß an der Haltung zur NATO. Man kann grundsätzlich davon ausgehen, dass innerhalb der BSP nicht so sehr ein Konflikt zwischen „Reformern“ (um die gegenwärtige Parteiführung) und „Konservativen“ (Dogmatikern) um die Initiative „Offenes Forum“ des Krassimir Premjanov, die Marxistische Alternative bzw. den Anhängern des Ex-Parteivorsitzenden Jean Widenov besteht, als vielmehr zwischen realistischer eingestellten Mitgliedern und „Fundamentalisten“, die in Verkennung der Wirklichkeit nostalgischen Vorstellungen nachhängen. Erstere sind im Herzen der freiheitlichen Demokratie, der Marktwirtschaft sowie der Mitgliedschaft in der NATO möglicherweise nicht sehr viel mehr als letztere zugetan (Georgi Parwanov sagte in einem Rundfunkinterview z.B., dass er emotional kein Fan der NATO sei, aber rational für eine gemäßigte Position plädiere), sind sich aber verstandesmäßig darüber im Klaren, dass es zu diesen Optionen keine Alternative mehr gibt.

Letztlich wurde mit 412 Stimmen ohne Gegenstimmen und Enthaltungen als Kompromiss ein Text verabschiedet, in dem es heißt, dass „die BSP für eine aktive Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Allianz ist. Die europäische und euro-atlantische Integration werden auch in Zukunft eine Priorität darstellen.“ Gleichzeitig spricht sich die Partei für eine Volksbefragung für oder wider den Beitritt zur Nordatlantischen Allianz aus.

Georgi Parwanov wurde mit 552 von 723 abgegebenen Stimmen (bei 14 ungültigen) oder 77 Prozent in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Weit abgeschlagen mit 117 bzw. 38 Stimmen landeten seine Widersacher Janaki Stoilov und Iwan Genov auf Platz zwei und drei.

Grußworte an den Parteitag richteten der Vorsitzende der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), Achmed Dogan, der Vorsitzende der Euro-linken, Alexander Tomov, der Vorsitzende des Vereinten Blocks der Arbeit (VBA), der ehemalige Gewerkschaftsführer Krastjo Petkov, der Ehrenvorsitzende der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei (BSDP), der inzwischen 84-jährige Dr. Petar Dertliev u.a. Sie alle bekundeten ihre Bereitschaft, in einer Koalition mit den Sozialisten die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf das besondere

Interesse der Delegierten stießen die Worte von Achmed Dogan, der einer sozialliberalen Koalition das Wort redete (die BRF definiert sich neuerdings als liberal, nachdem sie sich in der Vergangenheit als Mitte-Rechts, dann Links usw. ausgab), allerdings nur unter bestimmten Auflagen – an erster Stelle der Schaffung eines Konsenses über die europäische und euro-atlantische Intergration des Landes.

Auf dem Parteitag hatte sich damit die Linie der gemäßigten Parteiführung um Georgi Parwanov erwartungsgemäß durchgesetzt. Wenn es allerdings einen Reformprozess in der Partei gibt, so verläuft er weiterhin sehr schleppend und schwankend. Die Kontroversen um die Haltung zur NATO hielten sich in Grenzen. Anzumerken wäre allerdings, dass die Zusammensetzung der Delegierten nicht unbedingt repräsentativ für die Stimmung an der Basis sein dürfte. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die „Reformer“ um Parwanov auf dem Forum überrepräsentiert waren. Die einzelnen Fraktionen und Strömungen haben ihre Widersprüche erneut bis zu einem gewissen Grade übertünchen können, zusammengeschießt vor allem durch die Aussichten, an der Spitze einer „breiten Koalition“ wieder in die Regierungsverantwortung zu gelangen. Ob diese Aussichten so realistisch sind, mag allerdings aus einer Reihe von Gründen (Meinungsumfragen, Wahlanalysen, Statistik usw.) bezweifelt werden. Der eventuelle Koalitionspartner BRF hat sich übrigens in der Vergangenheit wiederholt als nicht sehr zuverlässig herausgestellt. Man kann zwar davon ausgehen, dass Dogans Sympathien in der Tat seit jeher viel mehr in Richtung Sozialistische Partei denn UDK gehen, als berechnender Politiker, der um die Risiken einer Vielparteienregierung unter Führung der BSP weiß, wird er sich jedoch nicht ohne weiteres zum zweiten Mal nach dem Zeitraum 1992-1994 den Sozialisten in die Arme werfen.³⁾ Problematisch für die BRF-Führung ist darüber hinaus, dass ihre Wähler entschieden antikommunistisch eingestellt sind (und die BRF daher eher zum natürlichen Koalitionspartner der UDK machen.) Dogan hat nach eigenem Bekunden zudem nicht alle Türen für einen Dialog mit der UDK zugeschlagen.

Die Formulierung zur NATO ist (ebenfalls erwartungsgemäß) nicht sehr überzeugend ausgefallen. Sie

3) Nach Öffnung der Archive der ehemaligen Staatssicherheit DS wurde Achmed Dogan als IM enttarnt. Das liefert zumindest einen Teil der Erklärung für seine seltsamen Pirouetten in der Politik, insbesondere 1992, als er die Koalition mit der UDK aufkündigte und sich der BSP anschloss.

scheint in der Tat mehr erzwungen, um eventuelle Koalitionspartner im linken Spektrum nicht zu verprellen. Übrigens orientiert sich die BSP als traditionell „russophile“ Formation bei ihren Formulierungen in bezug auf die NATO vor allem auch an den Vorgaben aus Moskau. Deshalb darf man auf die Reaktionen Russlands auf die neue Position gespannt sein.

■ Die Korruptionsattacken und der Misstrauensantrag

Die Regierung Iwan Kostovs stand seit geraumer Zeit im Kreuzfeuer von Korruptionsbeschuldigungen aus verschiedenen Richtungen, die in letzter Zeit den Charakter einer massierten Attacke angenommen haben.

In einer Fernsehansprache am 20. April nahm der Premier zu den Anschuldigungen Stellung: „Wir alle wurden Zeuge der Destabilisierungsversuche nicht nur der VDK, nicht nur der Regierung, sondern Bulgariens als Ganzes durch die Aushöhlung seiner jungen politischen Demokratie. [...] Ich weiß, dass ich Fehler mache, ich weiß, dass meine Fehler uns alle teurer zu stehen kommen als die Fehler anderer. [...] Ich möchte euch allen versichern, dass die Mehrheit einig ist und keinerlei Destabilisierung des Landes zulassen wird. Wir alle erinnern uns gut an 1992, als der Wählerwille durch Betrug verfälscht wurde, und werden niemals zulassen, dass dies erneut geschieht.

Unsere Fehler und Schwächen liegen vor den Augen der Gesellschaft, wir sind offen für Diskussionen und ihre Behebung. Ich erinnere aber daran, dass wir die erste Regierung Bulgariens waren, die den Mut aufbrachte, offen darauf hinzuweisen, dass der Hochmut, die Arroganz, die unerklärliche Bereicherung und das Partisanentum unsere Strukturen und Politiker anstecken. Wenn wir die Kraft hatten, die Diagnose zu stellen und den Mut aufzubringen, die Therapie zu beginnen, werden wir es schaffen. [...] Die Autorität aller wird auch dadurch gewahrt, dass erwiesene Verdachtsmomente gegen Personen aus der Exekutive ein zureichender Grund für ihre Entlassung sind. Um aber einen freien Menschen zu beschuldigen, sind zweifelsfreie Beweise vor der Justiz nötig.“ Der Premier lehnte eine Vertrauensfrage im Parlament ab, weil seines Erachtens keine politische Krise vorliege.

Staatspräsident Petar Stojanov stellte sich grundsätzlich hinter das Kabinett. Die Union für Nationale Rettung (UNR) sowie die Eurolinke beurteilten die Lage als besorgniserregend, distanzieren sich aber einstweilen von den Forderungen nach einem Mißtrauensvotum. Der Vorsitzende der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), die stärkste Kraft in der UNR ist, Achmed Dogan, verlangte den Stopp aller großen Privatisierungsgeschäfte „wegen des mangelnden Vertrauens in die Regierung“.

Dass bestimmte Personen (auf den niederen Ebenen) in der Staatsverwaltung sowie in der UDK für Korruption empfänglich sind, ist nicht auszuschließen und sogar sehr wahrscheinlich. Daraus darf jedoch nicht leichtfertigerweise der Schluss abgeleitet werden, alles und alle in Bulgarien seien korrupt, wie es von den Regierungsgegnern suggeriert wird. Das große Verdienst der Regierung Kostov besteht ja gerade darin, die systematische Korruption, wie sie unter Ljuban Berov und Jean Widenov in den Jahren 1993 bis 1997 Fuß gefasst hatte, als Regierungsentscheidungen unmittelbar durch zwielichtige private Interessen diktiert wurden, unterbunden zu haben. Und es gibt bislang keine wirklich ernstzunehmenden Indizien dafür, dass die Korruption heute auf Kabinettssebene zum Tragen kommt.

Man sollte mit Verschwörungshypothesen vorsichtig sein. Die Parallelen zwischen der gegenwärtigen Situation und 1992, als die erste nichtkommunistische Regierung von Philip Dimitrov nach kaum einem Jahr Amtszeit vorwiegend durch ein Geheimdienst-szenario gestürzt wurde, sind jedoch allzu augenfällig.⁴⁾ Da in der Politik, zumal in einem postkommunistischen Land, kaum jemals etwas rein zufällig ist, fällt es sehr schwer, an unbeabsichtigte Übereinstimmungen zu glauben. Hervorzuheben ist noch die zum Teil an Hysterie grenzende Reaktion mancher bulgarischer Medien, die sich in der gegenwärtigen Situation nicht von ihrer besten Seite gezeigt haben. Das betrifft nicht nur die Presse, sondern selbst den staatlichen Rundfunk (!). Dort wurde und wird teilweise offen desinformiert und werden bedenkenlos offenkundige Unwahrheiten in bezug auf die vermeintliche Korruption in Regierungskreisen verbreitet, so dass es für die Bevölkerung immer schwieriger wird, die Spreu vom Weizen zu trennen.

4) Zur Regierungszeit von Philip Dimitrov und den Sturz seines Kabinetts vgl. die ausgezeichnete Studie von Heinz Brahm, „Die ‚blaue Regierung‘ Philip Dimitrovs“, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 3/1998.

So ordnet sich das Puzzle zu einem ziemlich geschlossenen Ganzen. Genau wie 1992 sind die Angriffe gegen das Kabinett allem Anschein nach vornehmlich in den Interessen großer wirtschaftlicher Gruppierungen begründet. Bezeichnend ist im Zusammenhang damit die Forderung der parlamentarischen Lobby der dubiosen Multigroup, der BRF, die unmittelbar bevorstehenden bedeutenden Privatisierungsgeschäfte (Telekom, Bulbank, Bulgartabak usw.) „einzufrieren“. Die Praxis in den postkommunistischen Staaten lehrt, dass organisierter Widerstand gegen die konsequente Durchführung der Reformen selten von den Bevölkerungsgruppen ausgeht, die besonders hart von ihnen getroffen werden (Arbeitslose, Rentner etc.). Die größte Opposition rührt vielmehr von Strukturen her, die von den unvollendeten Reformen profitieren – von der hohen Inflation, den Lücken in der Gesetzgebung und den noch unvollkommenen Marktmechanismen. Die Interpretation, es handle sich im vorliegenden Fall um eine gezielte Kampagne, ist infolgedessen keineswegs als an den Haaren herbeigezogen zu bezeichnen. Im Gegenteil – die Analyse ergibt, dass schwerwiegende Gründe zugunsten eines planvollen Destabilisierungsversuches sprechen.

So deutlich die Situation an 1992 gemahnt, so augenfällig sind jedoch andererseits die Unterschiede zu damals. Gegenwärtig ist die Parlamentsmehrheit stabil, und es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass ihre Zersetzung und Auflösung wie 1992 möglich sein könnte.

Diese von der Opposition sowie den meisten Medien seit Monaten mit äußerster Intensität betriebenen Vorstöße gegen die Regierung wegen der Korruption im Lande erreichten einen vorläufigen Höhepunkt in einem von der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und der Partei der Eurolinken eingebrachten Misstrauensantrag gegen das Kabinett „wegen der von der Regierung und dem Premier tolerierten und geführten Politik der Korruption“. Das war bereits der dritte Antrag, den die Regierung Iwan Kostov in ihrer Amtszeit zu überstehen hatte (Anlass zu den beiden vorhergehenden hatten die Gesundheits- und die Industriepolitik geboten) bzw. das dreizehnte Misstrauensvotum seit der Wende in Bulgarien 1989. Diese Inflation der Misstrauensab-

stimmungen ist vorwiegend auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen kennt die bulgarische Verfassung kein konstruktives, sondern nur ein destruktives Misstrauensvotum. Die Opposition braucht infolgedessen keinen Gegenkandidaten für das Amt des Premiers zu nominieren, sondern muss „lediglich“ versuchen, eine negative Mehrheit gegen das amtierende Kabinett zusammenzubringen. Zum anderen haben aber die oppositionellen Parteien in Bulgarien, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, selbst dann gern zum Mittel des Misstrauensantrags gegriffen, wenn dessen Scheitern von vornherein als sicher gelten konnte, um sich durch die Aussprache im Parlament eingebilddete oder echte Vorteile im Lichte der öffentlichen Meinung verschaffen zu können. Zu dieser letzten Gruppe gehörte auch dieser Antrag, dessen Erfolgchancen vorab von den Einbringern selbst als nichtig bewertet wurden. Zudem hatte BSP-Parteichef Georgi Parwanov unlängst auf dem 44. Parteitag der BSP in seinem Rechenschaftsbericht eingeräumt, dass vorgezogene Neuwahlen prinzipiell unwahrscheinlich sind und die Erhaltung des Status quo bis 2001 am naheliegendsten sei. Eine weitere Besonderheit ist, dass diesmal die Eurolinken als Einbringer mit verantwortlich zeichnete. Die vorangegangenen zwei Voten gingen allein auf das Konto der BSP.

Der Antrag wurde am 18. Mai 2000 in der Tat mit 133 Gegenstimmen und 67 Ja-Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt. Sämtliche anwesenden Abgeordneten der Regierungsparteien sowie einige Unabhängige (ehedem Mitglieder der zerfallenen Fraktion des Bulgarischen Businessblocks, BBB) stimmten mit Nein, die BSP sowie die Eurolinken bis auf zwei Enthaltungen waren dafür, die UNR enthielt sich.

Der formale Misserfolg der Opposition bei der Abstimmung war zwar vorprogrammiert, aber auch sonst machten die BSP und die Eurolinken während der Debatten nicht den frischesten Eindruck und wirkten nicht ganz so gut vorbereitet, wie es bei einem solchen Votum eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Sie brachten trotz der Ankündigung von Parteichef Parwanov, man werde mit neuen Fakten aufwarten, im Grunde nichts, was nicht schon aus den Medien bekannt wäre, so dass ein Überraschungsmoment fehlte. Es gibt allerdings nicht zu

unterschätzende Hinweise darauf, dass die fundamentale Absicht zumindest bestimmter oppositioneller Kreise nicht primär in einem Angriff auf die Politik der Regierungsparteien, sondern in einer Diskreditierung der Demokratie, der politischen Klasse als Ganzer und des Images Bulgariens vor der Welt bestand, selbst auf Kosten des eigenen Ansehens. Die Meinungsforschung ermittelt in den letzten Wochen und Monaten tatsächlich einen sich fortsetzenden Trend des Vertrauensverlustes gegenüber allen Parteien, d.h. keine politische Gruppierung profitiert bislang von den Auseinandersetzungen um die Korruption, aber alle verlieren dadurch. So bedenklich diese Entwicklung auch ist, es ist doch eine Tatsache, dass die demokratischen Mechanismen und Institutionen in Bulgarien noch immer völlig zufriedenstellend funktionieren, die Akzeptanz der freiheitlichen Demokratie auf einem durchaus vertretbaren Niveau bleibt und das politische System weiterhin stabil ist.

Das Manuskript wurde am 25. Mai 2000 abgeschlossen.